



# INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

## Fachdialogkonferenz zu Kohleschäden

**Ins Kohlerevier Nordrhein-Westfalen reisten im Juni auf Einladung von KOSA zwei Kohle-Experten aus Südafrika: John Capel, Direktor der Bench Marks Foundation, und Caroline Ntaopane, Kohle-Projektleiterin bei ActionAid Südafrika. Sie nahmen zusammen mit Vertretern/innen der Landes- und Kommunalpolitik, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft am 17. Juni an einem Dialoggespräch in Düsseldorf teil.**

25 Gäste nahmen an der Fachkonferenz teil, aus der aus südafrikanischer Sicht über die Kohleschäden in Mpumalanga und deren Folgen für Umwelt und Bevölkerung berichtet wurde. Auch das Interesse von Politik und Wirtschaft an neuen Lösungsansätzen zur Sanierung von Kohleschäden sollte geweckt werden. Tatsächlich hatten etliche Politikvertreter Interesse gezeigt und ihr Kommen zugesagt, aber dann doch kurzfristig wieder abgesagt – Terminschwierigkeiten vor der Sommerpause, hieß es aus ihren jeweiligen Büros.

Die Diskussionsrunde fand also in kleinerem Rahmen als erwartet statt, entwickelte sich jedoch zu einer lebendigen, offenen Diskussion mit zahlreichen Überlegungen für neue Ansätze, verlassene Kohlegruben ordnungsgemäß zu schließen und von Umweltschäden betroffene Gemeinden zu entlasten.

### Urban Slums

John Capel referierte eingehend über Kohleabbau und unternehmerische Nichtverantwortung in Südafrika. „Sie ignorieren die bestehenden Gesetze und zahlen lieber mal eine Strafe, wenn

sie erwischt werden“, sagte Capel. In seinem Vortrag nannte er das nach 1994 von der Bergbauindustrie Erreichte eine Tragödie: „Urban Slums“ seien das Ergebnis der Ignoranz durch Unternehmer gegenüber Gesetzen, gepaart mit Nichthandeln der Regierung. Die von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgeschriebenen Umweltstandards seien in dem im Jahre 2008 offiziell von der Regierung erklärten „Hot-Spot-Gebiet“ Mpumalanga massiv überschritten.

Nach eindrücklicher Schilderung der miserablen sozialen Lebensbedingungen und der Kritik an mangelnder



Caroline Ntaopane von ActionAid SA

Übernahme von Verantwortung forderte Capel: Die betroffenen Gemeinden sollten kompensiert werden für den Verlust ihrer gesunden Lebensumgebung, Verlust von Arbeitsstellen in der Landwirtschaft und Vertreibung aus nicht bewohnbaren und verschmutzten Gegenden.

Ein **unabhängiger Hilfsfonds** sollte mit Unterstützung der NRW-Regierung eingerichtet werden. Mit dem Geld könnten Gemeinden unabhängige Wissenschaftler beauftragen und sich

mehr Wissen für ihre Verhandlungen aneignen. Kommunen könnten somit ihre Positionen bei der Forderung nach einer gesunden Umwelt stärken. Capel warnte auf Grund der schlechten Lebensstandards vor der Zunahme sozialer Unruhen. Fast täglich finden in Südafrika Proteste gegen die mangelnden Serviceleistungen der Regierung statt. Auch im 21. Jahr nach der Machtübernahme durch den ANC fühlen sich die Massen trotz aller von der Verfassung verbrieften Rechte auf ein besseres Leben für alle vom gesellschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen.

Eine **Kommission als Beschwerde-stelle** für Bewohner lautete eine weitere Forderung des Direktors der Bench Marks-Stiftung sowie ein Moratorium für die Ausgabe von neuen Abbaukonzessionen – bis eine detaillierte wissenschaftliche Studie die langfristigen Auswirkungen untersucht hat: „Importieren Sie keine Kohle aus Südafrika unter diesen Bedingungen“, appellierte Capel leidenschaftlich an Politiker und Unternehmer.

Das Wirtschaftsministerium war durch Dr. Herbert Jakoby, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft, vertreten. Er begründete die politische Partnerschaft zwischen NRW und Mpumalanga mit dem gemeinsamen Kohlehintergrund beider Regionen. Die Konferenzthese, NRW trage Mitschuld an den Kohleschäden in Südafrika, lehnte er ab. Doch sein Bundesland werde sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Ein wirtschaftlicher Boykott nütze allerdings nicht viel – zumal der Import von nur fünf Prozent aus Südafrika im Vergleich gering sei. Aber NRW sei zum Techniktransfer bereit, wenn Gelder vorhanden seien. In Südafrika sei

### Namibia - Die Schwierigkeit mit der Vergangenheit

**Noch gibt es eine Chancen zur Bewältigung unserer Kolonialgeschichte**

Der 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika am 9. Juli 2015 hat in Politik und Gesellschaft den ersten Völkermord im 20. Jahrhundert durch die deutsche „Schutztruppe“ in den Jahren 1904 -1908 erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Doch die politische Auseinandersetzung über Schuld und den Begriff „Völkermord“ ist von Seiten deutscher Politik keineswegs abgeschlossen.

Die KOSA hat sich im Frühsommer dem Aufruf „Völkermord bleibt Völkermord“ angeschlossen, mit dem die politische Debatte darüber vorangetrieben werden soll. Der Aufruf möchte unsere aktuellen Politiker zu einem offiziellen Schuldeingeständnis und zur Anerkennung des Begriffs Völkermord bewegen. Die Initiatoren hatten nach dem Disput über den türkischen „Völkermord“ an den Armeniern gehofft, das in Bezug auf unsere eigene Geschichte da mehr möglich wäre.

2004 hatte die damalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul angesichts des 100-jährigen Ge-

denkens an den „Hererokrieg“ den Begriff verwendet und dafür viel Schmach geerntet. Andere grünrote Minister wie Fischer und Steinmeier hatten diesen verbalen Schritt nicht vollzogen. Im Sommer 2015 bestand nun die Chance, eine hochkarätige Opferdelegation der Herero und Nama zu empfangen und sich in diesem Zusammenhang dem Feld des Schuldeingeständnisses weiter anzunähern. Bundestagspräsident Lammert (CDU) und später auch der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Dr. Martin Schäfer, hatten diesmal zumindest verbal etwas Entgegenkommen gezeigt. Schäfer zitierte aus einem Antrag der damaligen rotgrünen Opposition aus dem Jahre 2012: „Der Deutsche Bundestag erkennt die schwere Schuld an, die deutsche Kolonialtruppen mit den Verbrechen an den Herero, Nama, Damara und San auf sich geladen haben, und betont, wie Historiker seit langem belegt haben, dass der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 – 1908 ein Kriegsverbrechen und Völkermord war.“

Damals lehnte die Regierungsmehrheit den Antrag ab. Schäfer erklärte nun 2015, „dass das die Haltung der Bundesregierung ist, mit der sie in Gespräche mit der Regierung Namibias vor etwa einem Jahr mit dem Ziel eingetreten ist, ein gemeinsames Verständnis über das, was geschehen ist, zu gewinnen“. Die Frage nach einer Entschuldigung beantwortete er jedoch ausweichend. Er möchte um „Geduld bitten“, um den Gesprächen zwischen beiden Ländern nicht vorzugreifen. Die Allgemeine Zeitung Windhoek vermutete neben Schuldeingeständnis weitergehend auch gleich die materielle Entschädigung. Immerhin sieht es nach langsamer diplomatischer Bewegung aus. Nur Bundespräsident Gauck war selbst ein Empfang der namibischen Delegation zu weitgehend. Schade – eine vertane Chance und ein Zeichen, welche Hindernisse und Hürden auf dem schwierigen Feld der Vergangenheitsbewältigung noch vor uns liegen. Da kann man nur allen viel Geduld wünschen. Nicht zuletzt verlangt es auch eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Namibia.

Christoph Beninde

### Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika  
KOSA e.V.  
August-Bebel-Str. 62  
D-33602 Bielefeld  
Tel.: 0521-98648-51  
Fax: 0521-63789  
kosa@kosa.org / www.kosa.org

### Konto GLS-Bank

IBAN DE90 4306 0967 4025 9324 00  
BIC GENODEM1GLF

### V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Lothar Berger  
**Koordination:**  
Christoph Beninde

**Redaktionsschluss:**  
27.8.2015

**Druck:**  
KDR, Bielefeld

### Solidarische Kirche:

#### EKD muss kirchliche Mitschuld für Völkermord anerkennen

Die Solidarische Kirche im Rheinland äußerte sich im Juli in einer Öffentlichen Erklärung zur Rolle der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie „müsse die kirchliche Mitschuld für den Völkermord an den OvaHerero und Nama endlich anerkennen“. In ihrer Erklärung heißt es weiter: „Wir beklagen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Blick auf die konkrete Frage nach kirchlicher Mitverantwortung für den Völkermord im heutigen Namibia schweigt. Das darf nicht so bleiben. Denn nicht nur die damalige deutsche Regierung, deutsches Militär und deutsche Verwaltung waren am Völkermord in Deutsch-Südwest beteiligt, sondern auch deutsche evangelische Kirchen. Die Vorgängerinstitution der EKD, der preußische Oberkirchenrat, sandte damals in Verbindung mit der deutschen Regierung evangelische Pfarrer aus, um die dortigen landbesetzenden Siedler sowie die koloniale Schutztruppe geistlich zu begleiten. Durch Seelsorge und Gottesdienste – besonders durch Predigten – sind deutsche Pfarrer und Gemeinde am Völkermord (mit)-beteiligt.“

Die Erklärung beklagt, dass es im Blick auf das hundertjährige Gedenken an den Völkermord in Namibia von der EKD weder deutliche Worte noch einen Gedenkgottesdienst gebe. „Es ist an der Zeit, dass die EKD endlich Farbe bekennt. Wir rufen die Verantwortlichen der EKD auf, das Schweigen zu beenden, die historische kirchliche Mitschuld anzuerkennen und die Nachfahren der Genozidopfer um Entschuldigung zu bitten.“ Köln, 23. Juli 2015



Videos und Berichte zum Thema „Kohle aus Südafrika“ auf der KOSA-Webseite: [www.kosa.org](http://www.kosa.org)

ohnehin das Finanzproblem nicht entscheidend, es fehle an politischem Willen. Mangelnde Umsetzung von Gesetzen, schwache Aufsichtsbehörden, oft unzureichende technische Expertise und Kooperationsdefizite nannte Dr. Jakoby als gravierende Hürden. Solange Kohle zu rund 90 Prozent zur Energiegewinnung beiträgt, sollten beste Technologien mit hoher Wirkung zur Verfügung gestellt werden.

RWE – repräsentiert durch Dr. Marita Hilgenstock – zog sich ebenfalls auf die Position zurück, der mangelnde politische Wille in Südafrika erschwere ein Vorankommen. Helfen könne Transparenz, mehr NRO-Gespräche. RWE stellte heraus, sich als Mitglied der „better coal initiative“ mit Hilfe der Datenbank über Verkaufsunternehmen und deren Standards zu informieren und seiner Verantwortung nachzukommen. Aber die Perspektive blieb dürrig: Es herrsche Wettbewerb im Kohlekauf auf Staatenebene, da bleibe dem einzelnen Käufer wenig Handlungsspielraum.

Heinz Fuchs von Brot für die Welt vertrat die Ansicht, RWE habe es versäumt, rechtzeitig Weichen zu stellen. Sein Vortrag betonte, Debatten zur Kohleförderung können nicht ohne Denken vom Ausstieg aus der Kohle auskommen. Ein Dialog mit Regierungen sei gut, aber innergesellschaftliche Konflikte müssten durch selbstbewusste Initiativen und Gewerkschaften ausgetragen werden.

#### Weitere Gespräche geplant

KOSA konnte für diese Veranstaltung leider nicht die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Angelica Schwall-

## SÜDAFRIKA: KOHLEFACHTAGUNG + KOSA INTERN

Düren, als Schirmherrin gewinnen. Jedoch signalisierte die Staatskanzlei, dass an einer Neuaufnahme der politischen Partnerschaft mit Mpumalanga gearbeitet werde. Solange wolle man sich zum Thema Kohleabbau eher nicht äußern. Allerdings bat Jürgen Hein (Staatskanzlei NRW) in Vertretung der Ministerin ausdrücklich um ein Gespräch mit den beiden Kohle-Experten aus Südafrika.

Fazit: Die Debatte war konstruktiv, blieb aber hinter konkreten Maßnahmen für Lösungen zurück. Weitere Dialoggespräche sind im Verlauf des Kohleprojektes bis 2016 geplant und bieten dann erneut Möglichkeiten, konkreter und auch mit Zeitangaben für einzelne Schritte an das Ziel heranzuführen, die Ewigkeitsschäden des südafrikanischen Kohlebergbaus zu verringern.

Martina Schwikowski

#### Lucky Maisanye im Welthaus Bielefeld

Im Welthaus Bielefeld ist seit August der Südafrikaner Lucky Maisanye zu Gast. Er ist ein Teilnehmer der insgesamt 13 Freiwilligen des Weltwärts-Programms Süd-Nord, die jetzt in Bielefeld eingetroffen sind. Lucky ist 29 Jahre alt und kommt aus Witbank in der Provinz Mpumalanga, wo er für die Umweltschutzorganisation GeaSphere tätig ist. Er wird ab September beim Verein Koordination Südliches Afrika (KOSA e.V.) für ein Jahr arbeiten.



Lucky ist Kohleaktivist in seiner Heimat. Gemeinsam mit jungen Menschen in anderen Umweltschutzorganisationen setzt er sich für eine saubere Lebenswelt ein. In Kampagnen und Aktionen fordern sie von den Konzernen eine Reduzierung der schweren Umweltbelastungen durch den Kohleabbau und von ihrer Regierung mehr politischen Willen und Verantwortung für sozial schwache Gemeinden in Luckys Heimatregion Mpumalanga – dem „hot-spot der Luftverschmutzung“.

#### KOSA-Mitgliederversammlung

In kleiner Runde trafen sich am 20. Juni 2015 Vorstand, Beirat und einige Mitglieder der KOSA im Welthaus Bielefeld. Der Vorstand (Christoph Beninde, Claus C. Poggensee, Karin Saarmann) wurde für eine weitere Amtszeit gewählt. Der Beirat (Ute Hedrich, Wolfgang Seiring, Andreas Bohne und Simone Knapp) wird ebenfalls für eine weitere Periode tätig sein. Neben den Vereinsgeschäften (Haushalte, Berichte, Kassenprüfung) wurde vor allem über Aktivitäten der Rundreise mit den Gästen aus Südafrika, über die Journalistenreise in Südafrika und die ersten Ergebnisse der Umfrage, die im Frühjahr dieses Jahres durchgeführt wurde, diskutiert. Im Herbst wird es ein Vorstandstreffen geben, auf dem die Weichen für die zukünftige Arbeit der KOSA gestellt werden sollen.

#### Umfrage zur Ausrichtung der Südafrika-Arbeit

Die von KOSA mit Hilfe von Brot für die Welt in Auftrag gegebene Umfrage zur zukünftigen Ausrichtung der Südafrika-Arbeit ist inzwischen beendet. Es wurden fünf Tiefeninterviews durchgeführt sowie 591 Einladungen zur Teilnahme an der online-Umfrage verschickt. 162 Personen haben an der Umfrage teilgenommen. Das Fazit: Es gibt keinen eindeutigen Trend. Aber es hat sich klar ein größerer Bedarf nach Wissen und Kommunikation herauskristallisiert. KOSA-Vorstand und Beirat wollen sich noch gezielter mit den Fragestellungen beschäftigen, die Studie näher auswerten und Perspektiven für KOSA ableiten. Im 4. Quartal soll dann BfW eine Bilanz der Ergebnisse erhalten. Wir werden berichten, sobald die Auswertung vollständig abgeschlossen ist. An dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an alle, die teilgenommen haben und die Umfrage auch an andere Interessierte weitergeleitet haben.  
Gruß, Dieter

## SÜDAFRIKA: KOHLE-RUNDTREISE

### Rundreise mit Kohle-Experten aus Südafrika in NRW

Die südafrikanischen Kohle-Experten trafen am 15. Juni in Düsseldorf zur einwöchigen Rundreise durch den „Ruhrpott“ ein. Sie wollten einen Eindruck von deutscher Bergbautechnik und den Arbeitsbedingungen unter Tage erhalten.

Im Deutschen Bergbaumuseum Bochum konnten John Capel (Direktor der Bench Marks-Stiftung) und Caroline Ntaopane (ActionAid Südafrika) erfahren, wie man geschlossene Bergwerke später architektonisch nutzen kann. Die Zeche Zollverein bot ein eindrucksvolles Beispiel von Industriekultur für die südafrikanischen Kohle-Aktivisten aus Johannesburg, die mit Begeisterung in den Kulturstätten des deutschen Bergbaus erhaltene Anregungen und Informationen debattierten. Das Folgeprogramm umfasste einige Lobbygespräche, die das Thema Kohleabbau in Mpumalanga und Folgeschäden in den Mittelpunkt stellten. Die Grünen hatten um ein Gespräch im Landtagsbüro in Düsseldorf gebeten. Andrea Asch, Sprecherin für Eine Welt-Politik, informierte sich über die Situation in Mpumalanga. Es ging dabei auch um die Frage: Wie groß ist die soziale Umweltbewegung in Südafrika und das Bewusstsein in der Bevölkerung über Kohleschäden? Umweltaktivistin Caroline Ntaopane erklärte, es gebe nur einige aktive Umweltgruppen. Die Menschen müssten häufig zwischen diesem Engagement oder ihrem Job wählen, sonst drohe eine Einflussnahme der Regierung. Die Angst um Arbeitsplatzverluste in den verarmten Gemeinden sei groß. In Erwägung gezogen wurde als Start ein Wissensaustausch von Universität zu Universität. Später könnten dann Gemeinden mehr in Aktivitäten eingebunden werden. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist für Asch der einzige Weg, um Druck auf die Regierung auszuüben und die Einhaltung der Umweltstandards für Kohleunternehmen besser durchzusetzen.

Die Grünen planen mehr Verbindung mit südafrikanischen Netzwerken, um sich zu informieren und auch im nächsten Jahr eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Kohleabbau in NRW vorzubereiten und damit öffentliches Bewusstsein zu fördern. In der Sitzung des Mpumalanga-Forums NRW am Folgetag bot sich die weitere Gelegenheit für Vorträge beider Referenten aus Südafrika. John Capel bezog sich in seinem Vortrag auf Bench Marks Rolle, Aktivitäten von Bergbauunternehmen zu überwachen, und beschrieb das Missachten von Gesetzen zum Umweltschutz, das viele Gemeinden krank macht. Er verlangte von NRW, den Bergbauunternehmen in Südafrika eine aussagekräftige Botschaft zu senden und einen unabhängigen Fonds als Unterstützung für die Gemeinden einzurichten.



Caroline Ntaopane (l.) und John Capel (2.v.r.) mit Grünen-Abgeordneter Andrea Asch und Referentin Pegah Edalati im Landtagsbüro der Grünen.

Caroline Ntaopanes Appell an das Mpumalanga-Forum machte betroffen, denn sie rief emotional zur Solidarität mit den Gemeinden und Aktivisten auf. Verweisend auf die gemeinsame Vision bleibe die Frage: Wie können wir den politischen Willen herstellen und die Gesundheit und sauberes Wasser sichern, wie es als Grundrecht in der Verfassung steht? Das Forum schlug stärkere Netzwerkarbeit mit Gemeinden in Südafrika vor. Die Grünen im Forum wollen eine Veranstaltung in NRW im kommenden Jahr, die auf die Kohleabbaubedingungen und die Folgen für Anwohner in Südafrika, aber auch in den starken

Exportländern Kolumbien, Russland und Kanada hinweist. International Studierende trafen sich im Büro von Exile e.V. in Essen mit den Südafrikanern. An dem mit der Universität Essen vereinbarten Gespräch nahmen sieben Studenten und Studentinnen des Fachbereichs Soziologie mit Fokus auf Internationale Regierungsführung sowie ihre Professorin Sigrid Quack teil. Die Studenten waren besonders interessiert an „fair coal“ und debattierten anschließend mit den Referenten über Möglichkeiten, eine soziale Bewegung zu bilden und Anti-Kohle-Netzwerke zu verlinken. Am 19. Juni schloss die Rundreise mit Vorträgen von beiden Gästen mit KOSA-Mitgliedern und Besuchern im Welthaus Bielefeld ab. 12 Mitglieder und Besucher waren zum Vortrag ins Welthaus gekommen. Die Abschlussdebatte der Rundreise in NRW betonte nochmals die in vorherigen Gesprächen angeklungene Zielrichtung und Wunsch nach internationaler Solidarität: „Wir brauchen eine stärkere Zivilgesellschaft, einen unabhängigen Hilfsfonds, dessen Gelder die Gemeinden unterstützt, damit sie sich mehr Wissen zur komplexen Kohlethematik aneignen können und eine kräftigere Verhandlungsbasis mit Behörden erhalten“, sagte John Capel. „Sie müssen die Bedingungen stellen: Wer gibt uns welche Kohle zu welchen Bedingungen.“ Eine unabhängige Beschwerde-Kommission sei laut Capel ein wesentlicher Baustein auf dem Weg, sich direkt an die Justiz zu wenden und soziale Gerechtigkeit zu erhalten. Denn die Armen zahlen den Preis für die Kohleschäden und die Umweltverschmutzung, nicht die großen Abnehmer. Caroline Ntaopane resümierte: „Solange wir das politische Dilemma haben, dass Menschen nicht ihre bevorzugte Art der Entwicklung wählen können, brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft. Wir können uns nicht auf unsere Regierung verlassen.“